

suchen. Im November 1891 beschloß der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft ein Syndikat für Südwestafrikanische Siedlung ins Leben zu rufen. Durch dieses Syndikat wurden Verhandlungen mit der Kaiserlichen Regierung und deren Vertretung in Südafrika eingeleitet, die zur Folge hatten, daß dem damaligen Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, dem Fürsten zu Hohenlohe-Schillingen, seitens des Reichskanzlers das Gebiet von Klein-Windhoch überlassen wurde. Unter dem 12. Mai 1892 übertrug dann der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft dem Syndikat das ihm zur Verfügung von der Reichsregierung überlassene Gebiet von Klein-Windhoch.

Um Mittel und Wege zu finden, An siedler nach dem Lande zu bringen, empfahl es sich in erster Linie, Sachverständige zur Untersuchung des Gebietes zu entsenden, und so wurden die Herren v. Uechtritz, Graf Weis und Dr. Dove mit Missionen nach dem Schutzgebiete betraut. Die Berichte dieser Herren waren zum Teil widersprechend, und es wurde festgestellt, daß nur durch die praktische Inangriffnahme der Siedlung die Ergebnisse zur Beurteilung der Frage erzielt werden könnten, inwieweit es möglich sei, die Besiedlung des Gebietes durch Deutsche zu bewirken. Die Kriegsunruhen im Schutzgebiete verhinderten im Jahre 1893/94 die Bildung der geplanten Siedlungsgesellschaft; auch hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, vor Gründung der Gesellschaft von der Reichsregierung die Zusicherung auszuwirken, auch für die Groß-Siedlung geeigneter Ländereien zu erhalten. Die diesbezüglich geführten Verhandlungen führten zu einem Landkonzessionsentwurf, dem die Regierung unter der Voraussetzung, daß ein genügendes Kapital aufgebracht werde, zustimmte. Mit großen Schwierigkeiten wurde dann das erforderliche Kapital aufgebracht und im November 1895 die Siedlungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika gegründet. Die Konzession, die damit der Gesellschaft erteilt wurde, übertrug ihr zum Zweck der Besiedlung 20000 qkm in den Bezirken von Windhoek, Gochamas und Gobabis gelegener Ländereien, deren Nutzung ihr freigestellt wurde. Die Konzessionsrechte wurden der Gesellschaft am 30. Januar 1896, die Landkonzession unter dem 2. März 1896 erteilt. Jedoch, wenn die Konzession auch damit hier erteilt war, so gab ihre Ausübung durch die Behörden in dem Schutzgebiete zu Schwierigkeiten Anlaß, die verhinderten, daß der Gesellschaft überhaupt Land in größerem Umfange überlassen wurde. Der Aufsicht des Landeshauptmanns Major Leutwein im Jahre 1898 in Berlin wurde dazu benutzt, die Frage zu erörtern und der Regierung vorzuschlagen, das gesamte Gebiet gegen Erstattung der bisherigen Aufwendungen von ihr zurückzunehmen. Dies wurde von der Regierung abgelehnt. Die Verhandlungen führten aber zu dem Ergebnis, daß die Gesellschaft, um dem Landeshauptmann die Möglichkeit eigener Besiedlungstätigkeit zu bieten, auf eine Einschränkung ihrer Konzession eingegangen sei bereit erklärte. So kam am 19. April 1898 ein Vertrag zu Stande, wodurch der Regierung von den konzeptionsmäßig 20000 qkm das Wahlrecht auf 10000 qkm Landes unter gewissen Bedingungen zurückgegeben wurde. Erst im Jahre 1899 aber ist die Überweisung der der Gesellschaft konzeptionsmäßig 10000 qkm Siedlungsland durch das Gouvernement tatsächlich erfolgt. Wenn auch durch diese verspätete Überweisung, und das Abkommen vom 19. April 1898 überhaupt, die Tätigkeit der Gesellschaft für die Bewertung ihres Terrains bedeutend beeinträchtigt wurde, so hat sie doch fortwährend die Aufgaben, die sie sich gestellt hat, im Auge behalten und gefördert. Sie hat ihren Sitzungen entsprechend eine regelmäßige direkte Dampferverbindung zwischen Deutschland und dem Südwestafrikanischen Schutzgebiet durch die Dampfschiffgesellschaften abgeschlossen. Beträge in die Wege geleitet, die sich nach und nach zu einem erst zweimonatlichen, dann regelmäßigen monatlichen Dienst entwickelt hat. Sie hat Unternehmungen für An siedler in Schwelmsund geschaffen und, solange der Bahnbau es nicht überflüssig machte, Wagen mit Gefässen für An siedler in Bereitschaft gehalten. Sie hat in Windhoek wie auf ihren Farmen „Fischerei“ und „Linsenzucht“ begonnen. Gebäude errichtet, Brunnen und Wege gebaut und solche Meliorationsarbeiten auf ihnen ausgeführt, daß sie als Musterfarmen bezeichnet werden dürfen. Der Klein-Siedlung hat sie fortwährend ihre Aufmerksamkeit gewidmet, und sie darf wohl sagen, daß ihr jedes Jahr ein einmal gelöstes Ziel heute schon einen gewissen Erfolg gerechtfertigt hat.

Tagesgeschichte.

Dresden, 25. September. Bei Sr. Majestät dem Könige fand heute nachmittags 2 Uhr in Villa Hofierwitz Familienrat statt, an der Ihre Majestät die Königin-Wittve und Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Johann Georg und Max und die Prinzessin Kathilide teilnahmen.

Dresden, 25. September. Gegenüber der Forderung verschiedener Tagesblätter, daß die Sächsische Staatsregierung die Durchführung einer Personentarifreform in ihrem Staatsbahngelände emdgiltig beschloffen habe, erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß infolge der von der letzten Ständerversammlung mehrfach gegebenen Anregungen zwar Erwägungen über eine Personentarifreform im Gange, daß aber noch keinerlei verbindende Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt worden sind.

Deutsches Reich.

Berlin. Der Aufenthalt des Kaiserpaars in Rominten ist auf etwa zehn Tage berechnet. Auf der Rückreise von dort wird in Gabeln auf einige Tage Wohnung genommen und im Anschluß hieran auch dem Hochsloß in Marienburg und der Seebäderanlage in Langfuhr bei Danzig ein kurzer Besuch abgestattet werden. Nach Annahme des Dinars im vorigen Offizierskloster wird die Rückreise nach Potsdam angetreten werden.

Nach einer Berliner Meldung tritt Sr. Majestät der Kaiser im ersten Drittel des November eine Reise nach England an. Die Kaiserin, „Hohenzollern“ habe Befehl erhalten, am 6. November festlich zu machen.

Die Kammerheit Sr. Majestät des Kaisers in Göttingen zur Einreichung der dortigen Kammerheute ist, wie Berliner Blätter berichten, auf den 28. November festgesetzt worden.

Der Bundesrat nimmt seine regelmäßigen Sitzungen erst wieder im Oktober auf. Die in der vorigen Woche abgehaltene Plenarsitzung war notwendig geworden dadurch, daß die bestehenden Ausführungsbestimmungen zum Konventionenvertrag der neuen Kolonien, die am 1. Oktober in Kraft tritt, angepaßt werden mußten. In dieser Woche findet eine Sitzung des Bundesratspräsidenten nicht statt.

Die auf dem Düsseldorfener Delegiertentage beschlossene Eingabe betreffs der Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung hat der Bundesrat am 18. September an den Reichskanzler gerichtet. Im Beginn der Eingabe heißt es:

„Der Bundesrat hat die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission in Bezug auf die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung sind in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden, die dem Reichskanzler in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden.“

Der Bundesrat hat gegen die in § 1, Absatz 2 des Gesetzes über die Einreichung von Klagen in Bezug auf die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung, die in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden, die dem Reichskanzler in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden.“

Der Bundesrat hat gegen die in § 1, Absatz 2 des Gesetzes über die Einreichung von Klagen in Bezug auf die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung, die in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden, die dem Reichskanzler in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden.“

Der Bundesrat hat gegen die in § 1, Absatz 2 des Gesetzes über die Einreichung von Klagen in Bezug auf die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission erster Lesung, die in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden, die dem Reichskanzler in der Hauptsache von dem Reichskanzler als solche angenommen worden.“

Sozialanthropologie.

In der Zeitschrift „Die medizinische Woche“ vertritt sich ein Arzt in folgender Weise über die sozialanthropologische Untersuchung: Der Mensch ist ein Produkt seiner Rasse. Jeder oder Klassenunterschiede hinaus paßt sich seine ganze Organisation an die Bedingungen seines Lebens an. Viele Faktoren sind hier gleichzeitig am Werke, um neue „soziale Rassen“ zu prägen. Geist und Körper werden in einem steigenden Maße an bestimmte Lebensbedingungen angepaßt. Je nachdem die Beschäftigung eine einseitige, bestimmte Muskelgruppen anspannen oder nicht, je nachdem bestimmte geistige Fähigkeiten in hervorragender Weise betätigt werden müssen, entstehen neue soziale Typen, die sich unter günstigen Umständen noch durch Vererbung in immer ausgeprägter Weise entwickeln. So entstanden die internationalen Gesellschaftstypen des Arbeiters, des bescheidenen Kleinbürgers und des reichlichen lebenden wohlhabenden Standes. So entstanden in noch engeren Grenzen die Typen des Landarbeiters, der vom freien Handwerker sich unterscheidet; es bildeten sich die Typen des Beamten, des Offiziers, des Künstlers, des Gelehrten, des Technikers, des Jägers, des Seemanns — alles Typen mit besonderen physischen und geistigen Sondermerkmalen. Daß das Individuelle so ist, dafür ist ein Beweis der Verwendung verschiedener Typen in der Literatur, besonders der satirischen, aller Völker und Zeiten, und die Ausprägung der Rasse, die in allen hervorhebenden Sondermerkmalen liegt, auch in der Rasse; natürlich nimmt die parabolische Rasse, wie stets, auch hier das Recht zu drastischer Liebertreibung in Anspruch; so entstehen die Typen der „fliegenden Blätter“ und anderer Zeitschriften in ihrer drohenden Einseitigkeit. Aber es ist, wie in jeder Parodie, auch hier ein Körnchen Wahrheit. Denn gerade diese einseitige Ausbildung, die hier so vertritt und ins Lächerliche gezogen wird, ist das Merkmal der neuen sozialen Rassenbildung. Sie ist meist viel härter, als die vielfach überhaupt nur theoretisch konstatierte Rassenunterschiede. Zweifellos steht der englische Seemann dem Schlesier von der Waffensseite näher als einem englischen Professore, und der deutsche Bergführer dem Soldaten der italienischen Alpen näher als einem bayerischen Großbauern. Diese Rassenunterschiede der sozialen Stände müssen sich nicht nur in der geistigen, sondern auch in der körperlichen Ausbildung dokumentieren. Für die Verfassung und Ausbildung geistiger Faktoren steht uns aber jeder Maßstab und jedes System; hier Typen zu schaffen, ist viel eher dem Dichter als dem Gelehrten zuzuschreiben. Wohl aber haben wir eine Wissenschaft der menschlichen Rassen, die messende Anthropologie. Jung ist sie zwar noch; noch sind ihre Reize und Jäger erst an der Arbeit, ihre Fundamente zu legen, auf denen später die Lehre vom Menschen als sozialem Produkt sich erheben soll; und Scheinbar trocken und ideell sind ihre Methoden und Ergebnisse zur Stunde auch noch. Muß sie sich doch damit begnügen, vorläufig endlose Zahlenreihen aneinander zu fügen, großartige Statistiken zu schaffen, Kategorien zu bilden, in der man alle gemessenen Ergebnisse eintragen soll; und noch ist es wissenschaftlich nur wenig möglich, aus diesen Zahlenreihen schon Schlüsse zu ziehen und zu demonstrieren, wie sich die sozialen Faktoren am lebenden Körper der Menschheit ausdrücken. Zu richtig ist das Gebiet; zu wirr freuzen sich noch die Fäden; jahrelange, vielfältig jahrelange mühsame Altruismus ist notwendig, ehe viele Licht die Wege gefunden werden, nach denen sich der Körper an die Einflüsse des Milieus, des „moods ambient“ anpaßt. So ist man also nicht langweilig schelten die enge Rassenarbeit, nicht als Schleierpedanterie verpöhlen, wenn sie unermüdlich Menschen misst, wägt und kategorisiert. Hat doch diese mühsame Arbeit schon einen glänzenden praktischen Erfolg gebracht, das Verbilligen des Systems zur höheren Widererkennung von Verbrechern mit Hilfe anthropometrischer Methoden.

den verschiedenen Regierungen vorgelegten Vorschläge für notwendige Änderungen von vielen Mitgliedern der Zentralkommission als unannehmbar mit den Interessen des Gemeinwohl erachtet wird.

Der Zentralverband erklärt sich ferner gegen den Beschluß der Tarifkommission, nach dem der neue Tarif spätestens am 1. Januar 1906 in Kraft treten soll. Dieser Beschluß birgt die Gefahr in sich, denn bis zu dem bezeichneten Tage der Beschluß neuer Tarifverträge nicht vollzogen werden könnte, schwere sozialpolitische Bewidlungen zwischen dem Deutschen Reich und anderen Staaten herbeigeführt werden könnten. Daher bitten wir Ew. Exzellenz ganz gebieterisch, geneigtst dahin wirken zu wollen, daß die Fassung des § 12 Absatz 1 der Vorlage des Bundesrats wieder hergestellt werde.

Darauf wird eine große Zahl von Einzelbeschläffen der Justizkommission zu den Tarifpositionen und namentlich den industriellen einer eingehenden Kritik unterzogen, wobei namentlich die für verschiedene Industriezweige (Leberrindustrie, Papierindustrie etc.) in Betracht kommenden Rückfälle, die Positionen für Textilindustrie, Kunstgewerbe, Glasindustrie, Keramik, Eisenindustrie etc. behandelt werden. Zum Schluß wird der Reichskanzler ersucht, auf die Berücksichtigung des in den Eingaben des Zentralverbandes vom 1. Mai geäußerten Wünsche hinzuwirken. Soweit dies nicht thunlich sein sollte, möchte er an den nachherigen Vorschlägen der Verbändlichen Regierungen (schließen) und dafür eintreten, daß die abzuwendenden Beschläffe der Justizkommission bei den weiteren parlamentarischen Verhandlungen nicht zur Geltung gelangen.

In Bundesratskreisen wird, nach der Meldung Berliner Blätter, der Fehlbetrag des nach fünfjährigen Reichshaushaltsanordnungsplans auf etwa 150 Mill. M. geschätzt. Zweifellos ist man bei dieser Schätzung unter anderem auch davon ausgegangen, daß durch die am 1. September 1903 in Kraft tretende Zuckerkonvention die Einnahme aus der Zuckersteuer erheblich vermindert wird. In der That dürfte im Anfang auf einen beträchtlichen Rückgang der Einnahmen aus der durch das neue Gesetz herabgesetzten Verbrauchssteuer zu rechnen sein. Später wird sich hinsichtlich der gegenwärtigen Einnahmen einstellend. Rückwärts wird auch die Zuckerverindustrie bis zum Eintritte der neuen Ordnung der Dinge noch so viel Aufschubprämien als möglich einzubringen beabsichtigt sein.

Der im Reichsjustizamt ausgearbeitete Entwurf über den privaten Versicherungsvertrag sollte demnächst der öffentlichen Kritik übergeben werden. Inzwischen hört die „Nat.-lib. Reform“ an, daß die Abweisung der öffentlichen Versicherungsverträge, sich unter ein Gesetz zu stellen, wie das in der Vorbereitung befindliche, beabsichtigt zumutet.

Auf zahlreiche Anregungen aus Interessentenkreisen ist die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen an die Bearbeitung eines Nachschlagewerkes für die Ausfuhr herangetreten, das neben ausführlicher Behandlung der ausländischen Bestimmungen über Geschäftsreisende, Passen, Proben, Zollbehandlung der Briefpostsendungen auch die in den konsularischen Berichten gegebenen Werte und Ratsschlüsse enthält.

Der am 10. und 11. Oktober in Berlin stattfindende Kolonialkongress ist sorgfältig vorbereitet und wird wahrscheinlich recht besucht sein. Den Vorsitz der im Reichstagsgebäude stattfindenden Versammlungen führt Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg. Die Mitglieder des Kongresses erhalten unentgeltlich die Zeitschrift, worin die verhandelnden Vereine und Institute über die Beziehungen ihrer Tätigkeit zu den deutschen Kolonien und über die Interessen der Kolonien, sowie die Verhandlungen des Kongresses. Die Begrüßung der Teilnehmer durch die Deutsche Kolonialgesellschaft erfolgt am 9. Oktober abends 8 Uhr (Liederfest). Eingang Portal 2 und 8. Nach den vormittags um 10 Uhr beginnenden Plenarsitzungen am 10. und 11. Oktober ist um 1 Uhr einmündiges Frühstück. Für den Abend des 10. Oktober hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts Kraetzke die Mitglieder nach dem Reichstagsgebäude eingeladen. Am 11. Oktober abends 8 Uhr ist das Festmahl in den Sälen des Reichshotels (Liederfest). Diejenigen Herren und Damen, die eine Mitgliedskarte zum Preise von 10 M. in der Geschäftsstelle des Kongresses, Schellingstraße 4, lösen, sind berechtigt zur Teilnahme an allen Veranstaltungen des Kongresses und dem damit verbundenen Frühstück. Die Karte ist stets beim Eintritte vorzulegen. Für das Bestehe ist noch eine besondere Karte zu lösen.

Hamburg. Die Bürgerstiftung nahm gestern abend mit großer Mehrheit den Antrag an, den Senat zu ersuchen, Maßregeln zur Aufhebung der Grenzsperrung für Schiffsverkehr zu treffen.

Söda. Die Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für geistlichen

Arbeiterstufung beschloß ein Reglement für das zu errichtende Internationale Arbeitsamt, das in den Hauptaufgaben besteht: Das Internationale Arbeitsamt ist ein wissenschaftliches Institut. Es hat die ihm durch das Statut der Internationalen Vereinigung übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Das Internationale Arbeitsamt wird den Charakter strengster politischer Neutralität wahren. Des weiteren wurde ein Beschluß gefaßt, worin die Besammlung des Verbandes der Arbeiter für Frauen grundtätig für geschäftsfertig erklärt und eine Kommission beauftragt, diesem Verbande Geltung zu verschaffen. Ferner gelangte eine Erklärung zur Annahme, in der die Einsetzung einer Kommission beschlossen wurde, die Mittel und Wege suchen soll, um ein die gesundheitsfördernden Wirkungen des Phosphors und des Bleiweißes beherrschende Einverständnis der Verwendung des weissen Phosphors und des Bleiweißes herbeizuführen, und die den Gebrauch des Bleiweißes soweit als möglich unterdrücken soll. Das Bureau soll dahin wirken, daß die Staats- und Gemeindebehörden bei den von ihnen zu vergebenden öffentlichen Arbeiten die Verwendung des Bleiweißes gänzlich verbieten. Schließlich wurde Basel als Ort für die nächste Tagung gewählt und danach die Besammlung geschlossen.

Wien. Der König von Rumänien ist gestern abend aus Prag zu zweitägigem Aufenthalt hier eingetroffen. Die in einigen Blättern erscheinende Mitteilung, eine ministerielle Entscheidung in der Rosterfrage sowie eine Änderung in der Zusammensetzung des Staatsministeriums habe bevor, wird von zuständigen Stellen als erfunden bezeichnet.

Osterreich-Ungarn.

Wien. Der Kaiser besuchte gestern vormittag das Schloß und wurde vom Erzherzog Rainer und dem Statthalter empfangen. Nach der Halbtagungsansprache des Statthalters und einer Erwiderung des Kaisers nahm dieser die Vorstellung der Oberhäupter der einzelnen Schützenverbände entgegen, darunter die des Vorlandes des deutschen Jägerbundes, sowie der Vertreter des deutschen Schützenbundes, des Bundesverbandes Wälder und des Kommandos Röring. Letzterem gegenüber bemerkte der Kaiser, daß die deutschen Schützen wohl noch mehr Übung mit dem Armesgewehr hätten, und sollte den Erfolgen der deutschen Schützen mit dem Armesgewehr, dessen Vortrefflichkeit sich gezeigt habe, hohe Anerkennung.

Die Beratungen über den Ausgleich, an dem die beidenseitigen Ministerpräsidenten und die Reichstagsminister teilnahmen, dauerten gestern von 10 bis 1 Uhr und von 4 bis 1/2 Uhr. Vormittags wurde über den autonomen Zolltarif, nachmittags über finanzielle Fragen verhandelt. Die Konferenz wird heute fortgesetzt.

Das „Deutsche Volksblatt“ hebt in einer Besprechung der Ausgleichskonferenzen hervor, daß es in der öffentlichen Meinung Osterreichs die Annäherung in der Ausgleichsfrage in dem Maße vermindert habe, als von der einen Seite die österreichischen Interessen energischer und erfolgreicher verteidigt wurden. Heute beurteilt man die Ausgleichsfrage hierzulande mit der selben Berechnung eines Geschäftsmannes; man fürchte die Jolltrennung nicht und werde deshalb dem Fortbestande der wirtschaftlichen Gemeinschaft nur dann zustimmen, wenn dabei dem „Existenzminimum Osterreichs“ Rechnung getragen worden sei. Gerade dieser gefühlsmäßige Standpunkt laufe aber eine möglichst baldige Entscheidung, sei es in dem einen oder in dem anderen Sinne, dringend notwendig erscheinen, weil die Zeit, die Osterreich angeht, der immer wahrscheinlicher werdenden Entscheidung des deutschen Zolltarifs für seine handelspolitischen Vorbedingungen bleibe, nur noch kurz bemessen sei. Dies gelte auch für Ungarn, und zwar in noch höherem Maße.

Die Entscheidung des Schiedsgerichtes in der „Merrauge“-Frage liegt nunmehr in seinem Urteile vor. Es legt die Grenze zwischen Osterreich, die Galizien und Ungarn längs des Berges des Jolles bis zur höchsten Spitze im West der Merraugehöhe fest, so daß die beiden Seen, der Schwarze See und der Jolles (Merrauge) als österreichisches Gebiet erklärt werden. Die eingehenden Aufschuldigungsarbeiten führen zu dem Schluß, daß die vorgezeichnete Grenze eine in früherer Zeit durch beiderseitigen Einverständnis der Streitparteien fixierte Grenze nicht ergeben, daß auch ein unvorhersehbarer Besch nicht angenommen werden könne und daher das Schiedsgericht die Grenze nach freiem Ermessen festzusetzen hatte. Der Vorbehalt des galizischen Vertreters, Prof. Balzer, eventuell in einem späteren Zeitpunkte die unvorhersehbaren Rechte Galiziens,

Düsseldorfener Vereine folgte. Dem Hauptvortrag hielt Prof. Dr. Hans Delbrück-Berlin „Römische Geschichte in Germanien“; er ging aus von einem Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der römischen Berichte und wies darauf hin, wie durch Kenntnis der alten Waffentechnik, des Terrains, der Zahl der Streiter auf beiden Seiten, für deren Abschätzung wiederum die Frage der Ernährung und der Bekleidungsfrage von Wichtigkeit ist, sich eine ganze Reihe von Ergebnissen, „vom Boden ablesen“ ließen. Der Vortrag war inhaltlich wie formell eine Leistung ersten Ranges, wie sie der Gesamtverein nicht oft zu hören bekommen hat. In der Sitzung der Vereinsabteilungen, die sich an die Hauptversammlung angeschlossen und an der etwa 60 Vertreter teilnahmen, wurde eine Reihe geschäftlicher Sachen besprochen und erledigt; hervorgehoben mag ferner werden, daß Stadtdirektor Dr. Doermann eine Einladung der Stadt Erfurt überreichte und man beschloß, die nächste Versammlung dort abzuhalten. Dann folgten Sitzungen der ersten, zweiten und fünften Abteilung. Referent nahm an der letzten teil, die bekanntlich erst im vorigen Jahre begründet wurde und für Volkshunde bestimmt ist; Generalmajor Fiedl v. Friesen-Dresden, der die Verhandlungen leitete, und Prof. Dr. Brenner-Würzburg sprachen hier über die Zwecke und Ziele der Volkshunde, ihre Methode etc. Eine längere Debatte schloß sich an für die erste und zweite Abteilung hatte Domkapitular Schillingen-Göda (Mittelalterliche Glasmalerei), Prof. Dr. Bonn-Düsseldorf (Antike Glasur), Ministerialrat Soldau (sozialistische und römische Anlagen bei Huchbach) und verschiedene andere Herren Vorträge und Mitteilungen angelehnt.

Der Nachmittag war der Ausstellung und zwar insbesondere der großartigen kunsthistorischen Ausstellung gewidmet; es sind hier insbesondere an Reliquienkreuzen und sonstigen kirchlichen Altertümern Schätze zusammengekommen, wie man sie nirgendwo wieder vereinigt finden wird. Der bewährte Kenner der kirchlichen Kunst des Mittelalters, Domkapitular Schillingen, gab in lichtvoller Darstellung die erforderlichen Erläuterungen. Den Beschluß des Tages bildete ein großartiges Feuerwerk, das die Ausstellungsleitung darbot.

Seemann dem Schlesier von der Waffensseite näher als einem englischen Professore, und der deutsche Bergführer dem Soldaten der italienischen Alpen näher als einem bayerischen Großbauern. Diese Rassenunterschiede der sozialen Stände müssen sich nicht nur in der geistigen, sondern auch in der körperlichen Ausbildung dokumentieren. Für die Verfassung und Ausbildung geistiger Faktoren steht uns aber jeder Maßstab und jedes System; hier Typen zu schaffen, ist viel eher dem Dichter als dem Gelehrten zuzuschreiben. Wohl aber haben wir eine Wissenschaft der menschlichen Rassen, die messende Anthropologie. Jung ist sie zwar noch; noch sind ihre Reize und Jäger erst an der Arbeit, ihre Fundamente zu legen, auf denen später die Lehre vom Menschen als sozialem Produkt sich erheben soll; und Scheinbar trocken und ideell sind ihre Methoden und Ergebnisse zur Stunde auch noch. Muß sie sich doch damit begnügen, vorläufig endlose Zahlenreihen aneinander zu fügen, großartige Statistiken zu schaffen, Kategorien zu bilden, in der man alle gemessenen Ergebnisse eintragen soll; und noch ist es wissenschaftlich nur wenig möglich, aus diesen Zahlenreihen schon Schlüsse zu ziehen und zu demonstrieren, wie sich die sozialen Faktoren am lebenden Körper der Menschheit ausdrücken. Zu richtig ist das Gebiet; zu wirr freuzen sich noch die Fäden; jahrelange, vielfältig jahrelange mühsame Altruismus ist notwendig, ehe viele Licht die Wege gefunden werden, nach denen sich der Körper an die Einflüsse des Milieus, des „moods ambient“ anpaßt. So ist man also nicht langweilig schelten die enge Rassenarbeit, nicht als Schleierpedanterie verpöhlen, wenn sie unermüdlich Menschen misst, wägt und kategorisiert. Hat doch diese mühsame Arbeit schon einen glänzenden praktischen Erfolg gebracht, das Verbilligen des Systems zur höheren Widererkennung von Verbrechern mit Hilfe anthropometrischer Methoden.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die Arbeiten zu verstehen, die Piquet, der Straßburger Anthropologe, verfolgt. In einer seiner letzten Arbeiten untersucht er wieder menschliche Körper von verschiedener sozialer Position auf nachweisbare anthropologische Unter-

schiede. Er gliedert sein Material in drei soziale Klassen. Die erste (a) sind jene, die aus Kranzengütern etc. dem Meister des Anatomens verfallen. Die zweite Klasse (b) sind die kleinen Leute, die in einfacher Weise auf Kosten ihrer Angehörigen bestattet werden, die dritte (c) diejenigen, denen ein feierliches Begräbnis bereitet wird. Die beiden letzteren Klassen stammten aus dem Straßburger Bürgerhospital; hätte er auch in Privatpflege Verstorbenen mitnehmen können, so wären die sozialen Unterschiede noch viel größer gewesen. Doch auch so schon zeigten sich beträchtliche Differenzen: Besonders deutlich bleibt die Körpergröße zurück. Klasse a (zu 78 Proz. aus guten „kleinen Leuten“ bestehend), war 2 cm (!) in Durchschnitt größer als b, während allerdings a nur um 1 cm unerschütterlich. Neulich war der Kopfumfang der Männer von c 7,5 mm geringer als von b, a ließ gegen b wieder um 0,8 mm zurück.

Reine der im Bürgerhospital behandelten Frauen erreichte jemals 1,74 cm Größe, während Piquet in höheren Schichten so große Frauen häufig beobachtet. Also auch die Frauen nimmt die Körpergröße mit der sozialen Stellung zu. Neulich heißt es mit dem Kopfumfang. Sprachen schon die oben erwähnten Zahlen aus dem Bürgerhospital dafür, so hat Piquet noch eine sehr eigenartige Methode angewandt, um diesen Sach auf breiterer Basis zu beweisen. Vertrauens auf die große Sicherheit in der Beobachtung leitend der familiären Routine, untersuchte er große Mengen von Hüften und kam zu dem interessantesten Schluß, daß die Größe der Hüfte mit dem Preise zunimmt.

Er stellt folgende Tabelle auf:

Preis	Größe	Größe	Größe
3 R.	54 cm	56 cm	58 cm
6 "	55 "	57 "	59 "
7 "	56 "	58 "	60 "
12 "	57 "	59 "	61 "
24 "	58 "	60 "	62 "

Daraus zieht er den Schluß, daß die höheren Stände einen absofut und durchschnittlich größeren Kopf haben. Diese Verhältnisse mögen lächerlich erscheinen, sind es aber durchaus nicht. Es sind eben auch keine Bau-